

Kriegsverbrechen

der alliierten Siegermächte



Pit Pietersen

Kriegsverbrechen der alliierten Siegermächte

**Terroristische Bombenangriffe auf Deutschland
und Europa 1939–1945**

Kapitel 10 – Polens Weg zum Krieg

Terrorherrschaft in Polen gegenüber den Deutschen von 1919–39.

Rund 400.000 Deutsche (einige Quellen sprechen sogar von rund einer Million) mussten in den Jahren 1919–21 ihre an Polen gelangte Heimat verlassen, weit mehr als die Hälfte der Deutschen, nämlich etwa 1,5 Mio., bis 1939. In Bromberg sank zum Beispiel der Anteil der deutschen Bevölkerung im Jahre 1910 von 77,4 auf 27,3 % im Jahre 1926, in Thorn von 66 auf 12,5 %, in Graudenz von 84,8 auf 20,7 %, in ganz Westpreußen von 42,7 auf 18,7 %. Viele Deutsche wurden in den ersten Nachkriegsjahren des Ersten Weltkrieges ermordet oder kamen in die von Polen errichteten Konzentrationslager, den ersten in Mitteleuropa. Besonders häufig kam es zu Enteignungen deutschen Grund- und Hausbesitzes, zur Überführung deutscher Krankenhäuser, Altenheime und Güter in polnische Hand. Insgesamt wurden etwa 7,5 Milliarden Qkm Land enteignet, das waren fast 3.000 Qm je Kopf der deutschen Bevölkerung in Polen (zum Vergleich: Die Bodenfläche, die heute in der Bundesrepublik jedem Deutschen als durchschnittlicher Lebensraum zur Verfügung steht, ist nicht viel größer).

Die deutschen Gewerbetreibenden wurden systematisch boykottiert. Die Nichtanerkennung deutscher Meisterprüfungen durch die Polen entzog den deutschen Handwerksmeistern ihre Existenzgrundlage. Auch die freien Berufe, vor allem die Ärzte und Anwälte, wurden in ihrer wirtschaftlichen Existenz aufs Schärfste bedroht. Die Arbeitslosigkeit unter deutschen Arbeitern stieg auf 60–80 Prozent, die Arbeitslosigkeit unter den deutschen Jugendlichen lag noch höher. Deutsche Jugend- und Kulturverbände wurden verboten, deutsche Schulen behindert, deutsche Namen polnisch, die deutsche Presse und die evangelische Kirche verfolgt. Immer wieder kam es zu willkürlichen Haussuchungen und Verhaftungen, zu Misshandlungen, Terrorakten, Brandstiftungen und sogar Morden.

Rund 15.000 Minderheitsbeschwerden wegen der Verfolgungen sollten bis 1939 vergeblich beim Völkerbund in Genf eingereicht worden sein. Am heftigsten wurden die Verfolgungen im Sommer 1939. Die Polen begannen schon Monate vor Kriegsbeginn mit einer systematischen Steigerung ihrer Verfolgungsmaßnahmen. Die letzten den Deutschen noch verbliebenen Heime, Vereine und Kulturstätten, die letzten Apotheken, Genossenschaften und Molkereien wurden geschlossen. Die evangelische Kirche wurde immer stärker in die Verfolgung einbezogen. Immer häufiger kam es zu Zerstörungen und Brandschatzungen, zu Morden und Misshandlungen. Daneben wuchsen Arbeitslosigkeit, Behinderungen der Gewerbe und Geschäfte, Enteignungen, Verhaftungen und Verschleppungen ins Unerträgliche.

Bis zum 1. September 1939, dem Tag des Kriegsbeginns, verließen daher fast 70.000 Deutsche, die bisher standhaft geblieben waren, das Land. So wie zuvor schon etwa 1,4 Millionen. Nach Beginn des Krieges waren dann zahlreiche polnische Mordkommandos und aufgehetzter Pöbel mit der systematischen Ermordung der noch gebliebenen Deutschen beschäftigt. Sie gingen häufig nach Listen vor, die bereits im Frühjahr erstellt worden waren. Außerdem wurden Zehntausende auf so genannte Todesmärsche geschickt, viele Tausende wurden in KZs verbracht, wo sie teilweise umkamen. Viele der volksdeutschen Soldaten in der polnischen Armee wurden gleich nach Kriegsbeginn einfach erschossen. Insgesamt starben in den ersten Kriegstagen vermutlich 40–60.000 Deutsche. Wären die deutschen Armeen nicht so rasch vorgerückt, hätte es noch viel mehr Ermordungen gegeben. Darüber hinaus verübten die Polen in den letzten Monaten vor Beginn des Krieges ungezählte Grenzverletzungen. Militärs und Banden machten gewalttätige Streifzüge über die Grenzen, sie beschossen Zollgebäude, Wohnhäuser, Grenzposten, Förster und Bauern auf den Feldern, sie legten in Häuser Bomben mit Zeitzündern, sie brannten Gehöfte nieder, verschleppten Grenzbewohner und ermordeten diese oft gleich hinter der Grenze, wo sie dann meist auch verscharrt, nach Beginn des Krieges jedoch teilweise entdeckt wurden.

Den Krieg mit Deutschland hatte ein großer Teil der polnischen Führungsschicht zusammen mit dem katholischen Klerus gewollt, jahrelang vorbereitet und bewusst provoziert, und zwar in Absprache mit Großbritannien, das damals angeblich etwa 1.500 Agenten und Provokateure in Polen eingesetzt hatte, sowie mit Frankreich und dem deutschen Widerstand, der den Polen einen Sturz Hitlers nach Beginn des Krieges ankündigte.

Die polnischen Konzentrationslager. Gleich zu Beginn der Eigenstaatlichkeit Polens nach dem Weltkrieg wurden zwei Konzentrationslager für Deutsche in Polen errichtet: Szcypiorno 1918 und Stralkowo 1919. Diese beiden Lager im Posener Gebiet waren die ersten KZs in Europa.

Zu Pilsudskis Zeit kamen noch zwei Konzentrationslager hinzu, die aber nicht nur für Deutsche, sondern auch für politische Gegner bestimmt waren: Bereza-Kartuska (in Galizien) 1926 und Brest-Litowsk 1926.

1939 errichteten die Polen für Deutsche neben einigen kleineren KZs vor allem das KZ Chodzen (zwischen Leslau und Kutno). Im August und September 1939 konzentrierten die Polen außerdem Zehntausende von Volksdeutschen beiderlei Geschlechts und jeglichen Alters in Gruppen, die entweder sofort liquidiert wurden oder auf so genannte Todesmärsche nach Kutno, Lowitsch, Warschau, Sochaczew, Blonia, Kostpol, Bereza-Kartuska, Szcyplorno und andere Orte geschickt wurden, wobei es zu weiteren Liquidierungen kam.

(1945 entstanden vor allem folgende KZs für Deutsche: Potulice (bei Bromberg), Lamsdorf, Tost und Myslowitz (Oberschlesien), Granowo (bei Lissa), Sikawa (bei Lodz), Jaworzno (bei Tschenschostochau). Daneben entstanden weit über eintausend weitere, meist kleinere KZs in Polen sowie 227 Gefängnisse, in denen Deutsche inhaftiert wurden. Von den Inhaftierten wurden Hunderttausende liquidiert, oft nicht durch Polen, sondern von anderen.

Die polnische Provokationsstrategie.

Die Russen waren 1915 in Polen bis an die Beresina, die Grenze von 1793, zurückgeworfen worden. Der Sonderfriede von Brest-Litowsk am 9. Februar 1918 zwischen Deutschland und der als selbstständig anerkannten Ukraine hatte die Polen, die selbst ukrainisches Gebiet begehrten, tief verletzt. Am 3. März 1918 musste Russland unter anderen auf seine Provinzen Polen und die Ukraine verzichten. Am 14. November 1918 wurde die polnische Republik ausgerufen und Josef Pilsudski zum Staatsoberhaupt ernannt.

Gegen die in den Versailler Friedensbedingungen vorgesehene Abtretung Oberschlesiens protestierte Deutschland, sodass Artikel 88 des Friedensvertrages vom 28. Juli 1919 für Oberschlesien eine Volksabstimmung vorsah. Um vollendete Tatsachen zu schaffen, unternahm Korfanti am 19. August 1919 den vom deutschen Grenzschutz bald niedergeschlagenen ersten Polenputsch, am 20. August 1920 den zweiten Putsch, der dem Deutschtum schwere Wunden schlug. Als am 20. März 1921 die Abstimmung nahte, erklärte Korfanti: „Der falsche und gemeine Feind. ... Seine Kampfmittel sind Bestechung, Betrug, Terror und Missbrauch des Amtes. Seid auf der Hut! Vertraut und glaubt ihm nicht! Denn Ihr alle kennt hinreichend die germanische Hyäne! ... Man will unsere Vereinigung mit Polen vereiteln. In dieser Absicht wird jedes Mittel angewandt: List, Bestechung, Gewalt, Betrug und Verleumdung, die Waffen des Preußens!“

Als sich die Polen nach dem deutschen Abstimmungssieg in Gewaltakten überschlugen, erklärte Reichskanzler Wirth Anfang August 1921 in Bremen: „Wir hätten den Wunsch gehabt, uns mit diesem Volk zu verständigen. ... Das polnische Volk geht jedoch dazu über, sich mit dem deutschen Volk zu verfeinden.“

Trotz des deutschen Abstimmungssieges erfolgte am 20. Oktober 1921 eine Teilung Oberschlesiens, die Polen den weitaus größten Teil des oberschlesischen Industriepotenzials zuwies. Zudem erhielt Polen am 28. Juli 1930 die Osthälfte des Teschener Schlesiens, am 15. März 1923 die Souveränität über Ostgalizien (Ukraine) und die gleichzeitige Sanktionierung des polnischen Handstreichs auf das litauische Wilna durch die Botschafterkonferenz. Aus der Absicht der Entente, ein möglichst großes und starkes Polen zu schaffen, entstand zu fast einem Drittel nichtpolnisches Staatswesen, welches darunter litt, dass Polen die 1919 vom Völkerbund den ostgalizischen Minderheiten zugunsten von Autonomie, Rasse, Sprache und Religion gegebenen Garantien nicht anerkannte.

1930 schreibt die Zeitschrift Mocarstwoiwec: „Wir sind uns bewusst, dass Krieg zwischen Polen und Deutschland nicht vermieden werden kann. ... Unser Ideal ist, Polen mit Grenzen an der Oder im Westen und der Neiße in der Lausitz abzurunden und Preußen vom Pregel bis zur Spree einzuverleiben. In diesem Krieg werden keine Gefangenen gemacht, es wird kein Platz für humanitäre Gefühle sein.“

1932 schreibt der Danziger polnische Generalkonsul Lalicky: „... Auch die vom germanischen Hass geknechteten Ostpreußen kehren wieder in den Schoß des Vaterlandes zurück. ...“

Seit März 1932 entstand eine bedrohliche polnische Truppenkonzentration um Ostpreußen. Handelspolitische Maßnahmen Berlins beantwortete Pilsudski wiederholt mit militärischen Aufmärschen an der Grenze, was die Reichswehrführung einen Einfall in Schlesien oder Ostpreußen befürchten ließ.

Der polnisch-sowjetische Pakt von 1932 verstärkte die Berliner Befürchtungen eines polnischen Präventivschlages. Der militärisch hochüberlegene Pilsudski ging 1933 zweimal Paris um Mitwirkung bei einem Überfall auf Deutschland an, das aber ablehnte. 1934 kündigte Polen, das seine Ausweisungs-, Enteignungs- und Polnisierungspolitik verstärkt fortsetzte, die Minderheiten-Schutzverträge auf und entzog damit die Minderheitenfrage der Einflussnahme des Völkerbundes. Zwar schloss am 26. Januar 1934 Pilsudski mit Hitler ein Nichtangriffs- und Verständigungsabkommen. Zugunsten der Deutschen in Polen änderte es aber nichts. Im Gegenteil, Polen setzte seine Enteignungs- und Polnisierungspolitik sogar verstärkt fort, um sie in der Zeit der Geltung des Paktes unter Dach und Fach zu bringen.

Hitler hingegen hatte Presse und Rundfunk angewiesen, in Sachen „Deutsche Minderheit in Polen“ nichts zu bringen, weil er die Zusammenarbeit mit Polen wünschte, während die amtlichen deutschen Vertreter in Polen, Botschafter, Generalkonsuln und Konsuln das Auswärtige Amt laufend über die Vorgänge in Polen unterrichteten und ausdrücklich darauf hinwiesen, dass das Schweigen der deutschen Massenmedien die Polen nicht etwa friedlicher stimmte, sondern sie im Gegenteil aggressiver machte. Die deutsche Minderheit hatte im Sinne der Polen, die ihr Land von den Deutschen freimachen wollten, nur die Alternative, polnisch zu werden oder auszuwandern.

Am 16. Oktober 1935 meldete Botschafter von Moltke nach Berlin: „Heute hat die deutsche Minderheit in Polen das Gefühl, vom Deutschen Reich im Stich gelassen zu werden. Aber auch die Polen glauben, sich in ihrem Vorgehen gegen die deutsche Minderheit kaum noch Beschränkungen auferlegen zu brauchen, da sie mangels jeder Reaktion in der deutschen Presse den Eindruck erhalten müssen, dass alle Übergriffe von der deutschen öffentlichen Meinung widerspruchslos hingenommen werden.“

Generalkonsul von Kückler (Thorn) meldete am 18. Februar 1936: „Bis zum Ablauf des 10-jährigen Verständigungsabkommens soll soviel wie möglich deutscher Grundbesitz durch gezielte Parzellierung zerschlagen werden, wodurch Volksdeutsche arbeitslos und zur Abwanderung nach Deutschland gezwungen werden.“ Und am 18. Mai 1936: „Die polnischen Machthaber predigen unverblümt die Feindschaft gegen die Deutschen, deren Ruin und ihre Vernichtung, während Deutschland noch immer in Beharrlichkeit eine Verständigung mit Polen verfolgt.“

Am 23. November 1936 meldete der Posener Generalkonsul: „Überall eine fieberhafte Tätigkeit zur Schürung des Hasses gegen Deutschland! Die zahllosen Versammlungen sind Agitationsversammlungen so genannter patriotischer Verbände. Alle sprechen in abfälliger Weise über die Deutschen und hetzen die Bevölkerung gegen das Deutschtum auf. Das Ungeheuerlichste ist, dass die Welle des Deutschenhasses und die aktiven Drohungen gegen Deutsche sich unter den Augen der höchsten Behörden (Woiwodschaft, Armeekommando) breit machen und nicht nur von ihnen geduldet, sondern direkt unterstützt werden.“

Die Auswirkung des Deutschenhasses zeigte sich in verschiedenster Weise: Verbot der deutschen Sprache bei den Gottesdiensten – Auflösung deutscher Organisationen – Verbot deutscher Schulen und Ferienkolonien – Verbot deutscher Zeitungen – Schließung deutscher Wirtschaftsbetriebe – Kündigungen und Entlassungen bei Arbeitsstellen – Frevel gegen Kirchen und Friedhöfe – Terror gegen Personen und Sachen – Genozid an den Deutschen. – [Wohlgemerkt: Das geschah lange vor dem Kriegsausbruch 1939!]

Am 25. Februar 1938 gilt die Stimmung der Deutschen in Polen als hoffnungslos und verzweifelt. Sie sind enttäuscht, dass die deutsche Presse keine Notiz von ihrem Leid nimmt, und sie sehen mit Grauen und dem Gefühl absoluten Verlassenseins ihrem Untergang entgegen. Die schärfste deutschfeindliche Kundgebung der letzten acht Jahre fand am 25. Februar 1939 vor dem Warschauer Botschaftsgebäude statt. Zum ersten Mal sang man den Hassgesang der Rota. Sprechchöre wechselten sich ab, wie „Nieder mit Hitler“. „Fort mit den deutschen Hunden“. „Es lebe das polnische Danzig“. Auf einer Kundgebung der akademischen Legion am 28. Februar in der Warschauer Universität, an der unter anderem, wie der Botschafter berichtet, der Vizekriegsminister, Offiziere und Professoren teilnahmen, hielt der vom Kriegsminister ernannte Leiter der Legion eine von Ausfällen gegen Deutschland durchsetzte Rede, die auch die Forderung nach alten deutschen Gebieten an Polen enthielt (Zwischenruf: „Das polnische Ostpreußen!“). Im Juni oder Juli 1939 äußerte Marschall Rydz-Smigly in einer Offiziersversammlung die von einem Teilnehmer registrierten Worte: „Polen will den Krieg mit Deutschland, und Deutschland wird ihn nicht verhindern können, selbst wenn es das wollte.“

An der ostpreußischen Grenze werden drei polnische Angriffsdivisionen und eine Panzerbrigade zusammengezogen, gegen die oberschlesische Grenze marschieren zwei Divisionen und eine Kavalleriebrigade, um Danzig zieht sich der Ring der polnischen Truppen immer enger zusammen.

Am 24./25. März 1939 wird dem Auswärtigen Amt die kurzfristige Einziehung von drei bis vier Jahrgängen Reservisten und von Reserveoffizieren technischer Truppen, das Auslaufen der Kriegsflotte sowie die Zusammenziehung von 4.000 Mann polnischer Truppen bei Gdingen gemeldet.

Am 31. März 1939: Mobilmachung Polens. Aufmarsch polnischer Truppen an der Grenze von Ostpreußen, Schlesien, Brandenburg, Pommern. Seit Juli 1939 fallen jede Nacht mit ständig wechselndem Einsatzort polnische Reiter sengend und mordend im ostpreußischen Grenzgebiet ein. Von März bis Mitte August 1939: Flucht von 76.535 Deutschen ins Reich, Deportationen vieler tausend Volksdeutscher in Konzentrationslager, über zweihundert von polnischem Militär hervorgerufene, provozierende Grenzzwischenfälle, Grenzüberschreitungen und damit verbundene Gewalt- und Mordtaten.

Am 25. August 1939 erklärte Hitler dem britischen Botschafter Sir Neville Henderson, die polnischen Provokationen seien unerträglich geworden. In der letzten Nacht seien 21 neue Grenzzwischenfälle vonseiten Polens erfolgt. Deutschland sei im Interesse des europäischen Friedens fest entschlossen, diese Zustände an seiner Ostgrenze zu beseitigen. Die Korridorregelung werde von Deutschland als die schwerste Belastung des Versailler Vertrages empfunden. Doch am **g l e i c h e n** Tag schloss Großbritannien mit Polen einen engen Bündnisvertrag [mit dem Großbritannien Polen seinen Beistand im Kriegsfall zusicherte, auch wenn der Krieg von Polen in Gang gesetzt würde]. Hier sicherte sich Großbritannien, drei Tage vor Kriegsausbruch, das Recht, in den Krieg gegen Deutschland einzusteigen.

Am 28. August erschien Henderson bei Hitler. Dieser war freundlich, forderte aber die Entsendung eines bevollmächtigten Vertreters Polens bis zum 30. August nach Berlin, der aber nicht erschien.

30. August 1939: Einstellung des Zugverkehrs von und nach Ostpreußen durch Polen.

31. August 1939: Ermordung des deutschen Konsuls in Krakau.

– Generalmobilmachung Polens.

– Sprengung der Eisenbahnbrücke bei Dirschau durch Polen.

– Einfall polnischer Truppen im Freistaat Danzig.

[Damit ist eindeutig klar, wer den Krieg nicht nur provozierte, sondern auch anfang und dass es eines fingierten Überfalls auf den Gleiwitzer Sender gar nicht bedurfte – falls ein solcher je geplant gewesen sein sollte.]

Der Völkerfriede ist, wie der Nobelpreisträger Jorge Semprun eindringlich darlegte, nur auf der Grundlage von Gerechtigkeit und geschichtlicher Wahrheit möglich. Hierzu gehört die Feststellung von Theodor Heuss, dass „die Geburtsstunde der nationalsozialistischen Bewegung ... nicht München sondern Versailles“ ist.

Die polnischen Okkupationsbestrebungen im Posener Land.

Schon 1907 schrieb die Przeglad Wszechpolki (Allpolnische Revue): „Dumm ist Polen ohne Posen. Armselig würde tatsächlich das künftige Polen ... nicht nur ohne Posen, sondern auch ohne Schlesien, ohne Zutritt zum Meere, ... also ohne Danzig und Königsberg sein. ... Die jetzt zu Preußen gehörenden Provinzen bilden eine notwendige Bedingung für das Entstehen des Polenreiches. ...“

Am 1. August 1914 kam es zu dem von den Polen herbeigesehnten deutschen Krieg gegen Russland. Durch seinen Siegeszug befreite der deutsche Soldat 1915 Russisch-Polen von der russischen Herrschaft, und am 5. November 1916 proklamierten die Mittelmächte das Königreich Polen. Als aber Punkt 13 der wilsonschen Punkte, wonach der polnische Staat „die von unbestreitbar polnischer Bevölkerung bewohnten Gebiete umfassen“ sollte, zu polnischen Forderungen nach der ganzen Provinz Posen, Danzig und dem größten Teil von West- und Ostpreußen führte, protestierten am 25. und 27. Oktober 1918 die Vertreter Brombergs mit der Erklärung, deutsch sein und bleiben zu wollen.

Mitte Oktober 1918 geschahen in der Provinz Posen die ersten polnischen Gewalttaten gegen Deutsche und nach dem Waffenstillstand am 11. November kam es in Warschau zu offenen Feindseligkeiten, wobei die deutsche, 17.000 Mann starke Besatzung von einer kleinen Zahl polnischer Legionäre entwaffnet wurde. In Ostrowo wurde das I. polnische Infanterieregiment aufgestellt, überall bildeten sich polnische Volkswehren, Bürgerwehren und Kriegervereine. Zur Internierung deutscher Zivilisten wurden in Szcypioro und Stralkowo im Posener Raum die ersten europäischen Konzentrationslager eingerichtet, denen nach 1926 weitere folgten.

Auf deutscher Seite ordnete das Kriegsministerium am 15. November 1918 die Bildung der A. O. K. Heimatschutz-Ost an, am 1. Dezember entstand die deutsche Vereinigung zur Erfassung aller nationalgesinnten Deutschen der Ostmark. Ende November wurde auf gemeinsamen Beschluss vom Arbeiter- und Soldatenrat und Garnisonskommando des von einer großen deutschen Mehrheit bewohnten Bromberg der gesamte freiwillige Sicherheitsdienst in Stadt und Regierungsbezirk zu zwei Freiwilligen-Kompanien mit je 300 Mann unter dem kriegserfahrenen Hauptmann Just zusammengefasst und am 1. Januar 1919 in ein Truppenbataillon umgewandelt. Daneben entstand eine freiwillige Matrosenabteilung, die sich als „Freiwillige Marinedivision Ost“ im Kampf bewährte, und die deutschen Eisenbahner gründeten eine eigene Bürgerwehr.

Am 21. Juni 1919 nahm die deutsche Nationalversammlung das Friedensdiktat an, was unter anderem die Auslieferung der Provinz Posen an Polen bedeutete. Am 23. Juni beschlossen aber die Vertreter aller Truppen im Abschnitt Bromberg, die Provinz Posen zurückzuerobern, wenn höhere Führung zur Verfügung stünde. Von der gesamten Front erfolgte begeisterte Zustimmung, nur die Führungspersönlichkeit fehlte noch. Jedoch erklärte „eine gewisse Partei“, dass im Falle des Angriffsbeginns an irgendeiner Frontstelle der Generalstreik proklamiert

und alle Eisenbahnen stillstehen würden. Damit brach die letzte Hoffnung auf Befreiung der Posener Heimat zusammen. Den Posener Freiwilligen, denen die polnische Feindschaft eine Rückkehr verwehrte, standen nun die Baltenlande offen, und Berlin verschaffte dazu die Unterlagen. In seiner Abschiedsrede erklärte Abschnittskommandeur von Dewitz am 21. Juli 1919 vor den drei Grenzschießbataillonen, dass die polnischen Behörden versichert hätten, den friedlichen, ihrer Arbeit nachgehenden Deutschen nichts anhaben zu wollen, und diese Erklärung werde hoffentlich noch erweitert werden.

Zunehmende Verschärfung des polnischen Vorgehens gegen die deutsche Volksgruppe (Oktober 1938 bis März 1939).

Nach dem Übergang des Olsagebietes an Polen verschärfte sich auch in den übrigen Deutschumsgebieten der polnische Druck von Monat zu Monat. Der Erfolg von Olsa führte zu Überheblichkeit und weckte Appetit auf weiteren, diesmal deutschen Gebietszuwachs. Annexionistische Forderungen der polnischen Verbände und Zeitungen wurden laut, die Entlassungen in Oberschlesien setzten sich in raschem Tempo fort, in den deutschen Schulen wurden Bücher wie Goethes „Dichtung und Wahrheit“ verboten.

Im Januar 1939 setzten Verhaftungen ein, es kam zu Enteignungen, die Boykottaktionen gingen weiter. [Beides gab es auch schon früher, eigentlich seit 1919.]

Der deutschen Bevölkerung bemächtigte sich eine verzweifelte Stimmung. Der Besuch des Reichsaußenministers von Ribbentrop in Warschau und seine neuen Bemühungen um die deutsch-polnische Verständigung blieben wirkungslos. Die polnische Regierung ließ die Zügel schleifen und war somit verantwortlich dafür, dass die antideutsche Welle am 24. und 25. Februar 1939 mit beleidigenden Demonstrationen vor dem deutschen Botschaftsgebäude, mit Ausschreitungen in Posen, Krakau und anderen Städten ihren einstweiligen Höhepunkt erreichte. Die Rufe nach Eroberung Danzigs und anderer deutscher Gebiete wurden immer häufiger; Deutschland warnte Warschau unter Hinweis auf die Verantwortung, die Polen auf sich nimmt. Der deutsche Botschafter von Moltke musste feststellen, dass die Basis der deutsch-polnischen Verständigungsarbeit in Polen immer schmaler wird.

Fortsetzung der Enteignung deutschen Grundbesitzes in Nichtachtung der Minderheitenerklärung (Februar 1938 bis Februar 1939).

Ein besonderes Kapitel des Kampfes gegen das Deutschtum war die Enteignung des deutschen Grundbesitzes. Trotz des Verständigungsabkommens von 1934 und der Minderheitenerklärung von 1937 ging die Enteignung unter dem Vorwand der Agrarreform verschärft weiter, was zu wirtschaftlicher Schädigung der gesamten Volksgruppe führte und eine neue Abwanderungsbewegung hervorrief. Angesichts der Geringfügigkeit der gezahlten Entschädigungen stellten die Enteignungen nur verschleierte Raub dar. Trotz deutscher Interventionen wuchs mit jeder neuen Liste des zu enteignenden Bodens der absolute und relative deutsche Bodenverlust.

Im November 1938 wurde noch einmal der Versuch gemacht, eine Benachteiligung der deutschen Minderheit wenigstens für die Zukunft zu verhindern. Zusagen wurden gegeben, aber die neue Liste der Enteignungen im Februar 1939 traf den deutschen Grundbesitz noch stärker als im vergangenen Jahr.

Zeitzeugen. Aus einem Bericht von H. L., Goch (früher Königsberg) vom 25. Juni 1990:

„Das Heeres-Artillerie-Regiment 57 aus Königsberg/Preußen wurde Mitte August 1939 an die von Polen gefährdete Grenze gelegt. Wir bezogen die Bereitstellung bei Garnsee, Kreis Neidenburg (Ostpreußen). Die Stellung meiner Batterie lag in einem Maisfeld. In diesem Raum war bereits seit Wochen die Arbeit auf den Feldern zum Lebensrisiko geworden. Bis in sieben Kilometer Tiefe in ostpreußisches Reichsgebiet fielen aus Polen sengende und mordende Kavallerietrupps ein. Dieses begann bereits im Juli 1939. Soweit das Auge reichte, konnte man in den Abendstunden Rauch und Feuer sehen. Die brennenden Häuser und Dörfer wurden von polnischen Kavallerietrupps provokatorisch angesteckt. Wer sich von der Bevölkerung aus den brennenden Häusern ins Freie rettete oder das Feuer löschen wollte, wurde niedergemacht.

Um diesen Umtrieben Einhalt zu gebieten, erhielt meine Batterie am 23. August 1939 den Befehl, ein Jagdkommando aufzustellen. Als Wachtmeister bekam ich das Kommando unterstellt und auch den Einsatzbefehl. Am ersten Tag des Einsatzes war unser motorisierter Stoßtrupp eine halbe Stunde zu spät in den Einsatz gekommen – eine mordende polnische Schwadron raste bereits in Richtung der schützenden Grenze. Die Spuren waren grausam; in den Feldwegen und auf den Feldern fanden wir Leichen von deutschen Bauern. Diese waren mit Säbeln zerfetzt oder erschossen worden. ...

Doch bereits am 26. August 1939 stellte unser Kommando einen polnischen Reitertrupp in einem Zuckerrübenfeld unweit von Garnsee. In unseren MG-Garben wurde die polnische Kavallerie aufgerieben, 47 polnische Reiter waren auf reichsdeutschem Boden gefallen. ...

Als unsere Einheit am 1. September 1939 um 5.00 Uhr zum Sturmangriff übergang, fanden wir jenseits der polnischen Grenze frische Gräber von deutschen Zivilisten. Auch blutige und zerfetzte Kleidungsstücke von Zivilisten lagen auf Wegen und Straßenrändern herum. Auch von polnischen Kriegsgefangenen bekamen wir die Bestätigung, dass provokatorische Angriffe auf die Zivilbevölkerung auf deutschem Reichsgebiet vor dem 1. September 1939 befohlen worden waren,“

Aus einem Bericht von Frau L. S., Lübbecke (früher Bromst) vom 23. Juli 1990:

„Im Sommer 1939 kamen von April bis kurz vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges Hunderte, nein Tausende von deutschen Familien an seichten Stellen durch die Sümpfe gewatet beziehungsweise durch die Obraseen geschwommen hindurch zu uns vor die Türen, abends spät, dass sie keiner sah, und bettelten um Brot oder Milch für die Babys und um trockenes Zeug. Wir waren zunächst sprachlos und wussten nicht, was los war.

Sie berichteten immer wieder Folgendes: ‚Wir sind schon seit vielen Wochen auf der Flucht vor den Polen, wir werden einfach auf den Straßen und Feldern erschossen, wir sind unseres Lebens nicht mehr sicher, die Polen verfolgen alle Deutschen.‘ ‚Und warum?‘ fragten wir. ‚Die polnischen Pfarrer reden und hetzen von den Kanzeln: Schlagt die Deutschen tot, wo immer ihr sie trifft. Schießt sie über den Haufen, vernichtet die ganze deutsche Brut.‘ ... Diese Völkerwanderung dauerte während des ganzen Sommers an, zuletzt kamen nur noch ganz wenige, weil die Grenze stark bewacht wurde.“

Dokument zur Vorgeschichte des Krieges.

Von einem Beamten der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes gefertigte Zusammenstellung der dem Auswärtigen Amt vorliegenden amtlichen Meldungen über schwere Grenzzwischenfälle an der deutsch-polnischen Grenze zwischen dem 25. und dem 31. August 1939.

Berlin, den 1. September 1939

25. August 1939.

1. Meldung der Staatspolizeistelle Elbing: Gegen 22 Uhr brannte auf dem unmittelbar an der deutsch-polnischen Grenze gelegenen Anwesen des Bauern Reinhard Briese in Scharschau (Kreis Rosenberg/Westpreußen) ein Stall nieder. An der Brandstelle wurde eine Brandbombe polnischer Herkunft gefunden.

2. Meldung der Staatspolizeistelle Elbing: Gegen 23 Uhr verbrannte infolge Brandstiftung von aus Polen gekommenen Tätern das unmittelbar an der deutsch-polnischen Grenze liegende Anwesen der Witwe Martha Zerkowski in Schönerswalde (Kreis Rosenberg/Westpreußen).

3. Meldung der Staatspolizeistelle Elbing: In der Nacht vom 25. zum 26. August wurde durch Brandstiftung von aus Polen gekommenen Tätern das an der deutsch-polnischen Grenze gelegene Anwesen des Holzschlägers Schlegel in Neukrug (Kreis Rosenberg/Westpreußen) vernichtet.

4. Meldung der Staatspolizeistelle Elbing: In der Nacht vom 25. zum 26. brannte infolge Brandstiftung durch aus Polen gekommene Täter die an der deutsch-polnischen Grenze gelegene Försterei Dietrichswalde (Kreis Marienwerder) vollständig nieder.

5. Meldung der Staatspolizeistelle Elbing: In der Nacht vom 25. zum 26. wurde das an der deutsch-polnischen Grenze gelegene Anwesen des Bauern Gehrke in Niederzehren (Kreis Marienwerder) durch Brandstiftung von aus Polen gekommenen Tätern vernichtet.

6. Meldung der Staatspolizeistelle Elbing: In der Nacht vom 25. auf den 26. wurde das Wärterhaus 34 an der Strecke Deutsch-Elau – Alt-Eiche – Soldau durch eine Bombe zerstört.

7. Meldung der Staatspolizeistelle Köslin: In der Nacht vom 25. auf den 26. brannte die unmittelbar an der deutsch-polnischen Grenze stehende Scheune des Müllers Domke in Somminer Mühle (Kreis Bütow) ab. Eine Durchsuchung der Brandstätte ergab, dass die Scheune durch einen elektrischen Zeitzünder in Brand gesetzt worden war.

8. Meldung des Oberfinanzpräsidenten Ostpreußens: In der Nacht vom 25. zum 26. August wurden die auf deutschem Gebiet gelegenen Teile der Straßenbrücke und der Eisenbahnbrücke Zandersfelde – Neuliebenau von polnischem Militär gesprengt und völlig zerstört.

26. August 1939.

1. **Meldung** des Hauptzollamtes Neidenburg: Um 0.45 Uhr wurde von dem Standposten vor dem Zollamt Wetzhausen ein polnischer Soldat festgestellt und angerufen, der sich aus dem Zollamt gegenüber liegenden Wäldchen auf das Gebäude zu bewegte. Der Soldat ergriff die Flucht und wurde durch zwei Schüsse anscheinend verletzt. Nachträglich wurde festgestellt, dass der Soldat zu einer Gruppe von sechs polnischen Soldaten gehörte, die an dieser Stelle die deutsch-polnische Grenze überschritten hatten.
2. **Meldung** der Staatspolizeistelle Elbing: Gegen 15 Uhr brannte infolge Brandstiftung das an der deutsch-polnischen Grenze gelegene Wohn- und Wirtschaftshaus der Familien Werner und Scheffler in Neukrug (Kreis Rosenberg/Westpreußen) bis auf die Umfassungsmauern ab. Es wurde festgestellt, dass die Täter in Polen zu suchen waren.
3. **Meldung** des Hauptzollamtes Lauenburg: Um 23 Uhr flüchtete der Volksdeutsche Tatulinski aus Seelau gegenüber der Zollaufsichtsstelle Groß-Sellnow über die Grenze, nachdem sein Gehöft von einer polnischen Bande angezündet worden war. Auf den Flüchtigen wurden von den Polen mehrere Schüsse abgegeben, die auf deutschem Gebiet einschlugen.
4. **Meldung** des Hauptzollamtes Meseritz: Volksdeutsche Flüchtlinge, die am 26. August bei Betsche-Süd über die Grenze kamen, wurden von polnischen Grenzbeamten mehrfach beschossen, nachdem sie sich schon in einem Maisfelde auf deutschem Boden verborgen hatten.

27. August 1939.

1. **Meldung** der Staatspolizeistelle Elbing: In den frühen Morgenstunden brannte das an der deutsch-polnischen Grenze gelegene Gehöft des Bauern Guzinski in Klein-Heyde (Kreis Rosenberg/Westpreußen) nieder. Es wurde festgestellt, dass die polnischen Brandstifter über die Grenze gekommen waren.
2. **Meldung** der Staatspolizeistelle Elbing: Gegen 3.15 Uhr wurden die Eisenbahnhaltestelle und das Sägewerk in Alt-Eiche (Kreis Rosenberg/Westpreußen) von einer etwa fünfzehn Mann starken, mit Gewehren bewaffneten polnischen Bande überfallen. Nachdem die Polen mehrere Schüsse abgegeben hatten, wurden sie durch eine Gruppe des deutschen Grenzschutzes vertrieben.
3. **Meldung** des Zollamtes Lindenhorst: Gegen 4.00 Uhr wurden von einem Posten der Grenzwache sechs polnische Soldaten beobachtet, die sich gegen den Grenzstein 127 zu bewegten. Sodann teilten sie sich zu dreien, überschritten die Reichsgrenze und gingen in Richtung der Straße Neumittelwalde – Schönstein vor. Gegen 4.25 Uhr stellte der Gruppenführer der Grenzwache einen am Boden kriechenden polnischen Soldaten fest. Er gab darauf vier Schüsse ab, worauf die Polen sich zurückzogen.
4. **Meldung** des Hauptzollamtes Schneidemühl: Gegen 10.30 Uhr wurden in der Gegend Vorwerk – Dreilinden, etwa 300 Meter diesseits der Grenze, drei deutsche Grenzwachoffiziere, Hauptmann Täschner, Oberleutnant Sebulka und Leutnant Dinger, von der polnischen Grenze her beschossen.
5. **Meldung** des Hauptzollamtes Neidenburg: Gegen 17 Uhr postierte eine Streife der Zollamtsstation Flammberg bei Punkt 128, der etwa 100 Meter vom Grenzfluss Orzye an einem Waldrand westlich von Flammberg gelegen ist. Plötzlich fielen von polnischer Seite her etwa 20 Schüsse, die auf deutschem Gebiet einschlugen. Wie sich später ergab, rührten sie von einer polnischen Grenzstreife her, die sich unter Führung eines polnischen Offiziers der deutschen Grenze genähert und das Feuer auf einen deutschen Wehrmachtsposten eröffnet hatte. Es konnte ferner festgestellt werden, dass hierbei seitens der Polen vier Eierhandgranaten geworfen wurden.
6. **Meldung** des Hauptzollamtes Kreuzberg: Um 20.15 Uhr wurde der Zollassistent Scheffler nahe Reidenwalde von polnischer Seite mit sieben bis acht Gewehrschüssen beschossen.
7. **Meldung** des Oberfinanzpräsidenten Ostpreußen: Gegen 21.45 Uhr wurde der Zollwärter Will, als er einen unweit der Grenze gelegenen Gutshof mit dem Fahrrad verließ, mehrfach von polnischen Grenzschutzbeamten, die in Kleinfelde bei Mewe stationiert waren, beschossen.

28. August 1939.

1. **Meldung** der Staatspolizeistelle Elbing: Gegen 0.30 Uhr wurden von einer deutschen Feldwache, die an der Eisenbahnbrücke Deutsch-Eylau – Neumark lag, mehrere polnische Soldaten auf deutschem Gebiet gesichtet. Als die Feldwache Feuer gab, verschwanden die Polen im Walde, wobei sie das Feuer erwiderten.

2. Meldung der Staatspolizeistelle Oppeln: Gegen 1.00 Uhr wurden auf dem alten von Ratibor nach Hohenbirken/Ostoberschlesien führenden Promenadenweg marschierende polnische Truppen von einem deutschen Flakkommando gesichtet, als sie die Reichsgrenze etwa 150 Meter überschritten hatten. Das Flakkommando eröffnete daraufhin das Feuer, worauf sich die polnischen Truppen zurückzogen.

3. Meldung des Hauptzollamtes Beuthen: Gegen 1.00 Uhr wurden von einem polnischen Maschinengewehr mehrere Schüsse abgegeben. Sie schlugen dicht neben einer Maschinengewehrgruppe der Grenzwehr ein, die an der Schlackenhalde beim Sportplatz Borsigwerk in Stellung lag.

4. Meldung der Staatspolizeistelle Elbing: Gegen 1.45 Uhr wurde die Feldwache in Alt-Eiche (Kreis Rosenberg/Westpreußen) von regulären polnischen Truppen überfallen. Zunächst griffen die Polen eine Gruppe der Grenzwehr an, die an dem dortigen Grenzübergang postiert war und sich daraufhin zum Bahnhof Alt-Eiche zurückzog. In diesem Augenblick kamen aus einer anderen Richtung etwa zehn polnische Soldaten, welche zum Sturmangriff ansetzten. Die deutsche Gruppe ging nunmehr wieder in Stellung und eröffnete das Feuer. Die Polen waren in Schützenlinie ausgeschwärmt und schossen ebenfalls. Hierdurch wurde der Gefreite Grudzinski aus Hansdorf tödlich getroffen und ein weiterer deutscher Schütze an der Schulter verletzt. Die polnischen Soldaten zogen sich sodann wieder auf polnisches Gebiet zurück.

5. Meldung des Hauptzollamtes Gleiwitz: Gegen 22.45 Uhr wurden die deutschen Zollbeamten Fleischer und Quenzel, die an der Panzerschranke beim Zollamt Neuberstein Dienst taten, von polnischer Seite mit Maschinengewehr und Gewehr beschossen. Erst nach einem anschließenden Feuergefecht von 20 Minuten mit der deutschen Grenzwehr stellten die Polen das Feuer ein.

29. August 1939.

1. Meldung der Staatspolizeistelle Elbing: In den frühen Morgenstunden kamen in der Nähe der Sägemühle Alt-Eiche polnische Soldaten auf deutsches Gebiet, die durch den deutschen Grenzschutz vertrieben wurden.

2. Meldung der Staatspolizeistelle Köslin: In den frühen Morgenstunden führten polnische Grenzschutzsoldaten einen Feuerüberfall auf das deutsche Zollhaus Sonnenwalde-Bahnhof aus. Bei der Abwehr wurden ein deutscher Bezirkszollkommissar und ein deutscher Hilfgrenzangestellter verwundet.

3. Meldung der Staatspolizeistelle Breslau: Um 13.40 Uhr wurde der Zollbetriebsassistent Dippe von einem polnischen Grenzposten mit Gewehr beschossen, als er sich in einem Wäldchen bei Neu-Vorberg an der Straße Lesten – Tharlang aufhielt.

4. Meldung des Hauptzollamtes Beuthen: Gegen 21.45 Uhr wurden von polnischem Militär wiederholt auf deutsches Gebiet in der Nähe des Zollamtes III Beuten Schüsse abgegeben. Zunächst erfolgten etwa 20–30 Pistolenschüsse über die Zollstraße beim Zollamt hinweg in Richtung auf den Grubenhof der Beuthen-Grube, die etwa zehn Meter vor der dritten Gruppe eines dort befindlichen Zuges der 8. Grenzwehrkompanie einschlugen. Es folgten dann zehn bis 15 Gewehrschüsse und unmittelbar darauf weitere vier bis fünf Schüsse, die von einer Maschinenpistole herrührten. Das Feuer wurde von deutscher Seite nicht erwidert.

5. Meldung des Hauptzollamtes Gleiwitz: Gegen 23.50 Uhr wurden deutsche Zoll- und Grenzwehrbeamte auf deutschem Gebiet nahe dem Zollamt Neuberstein von einer polnischen Formation heftig unter Feuer genommen. Hierbei waren zwei leichte Maschinengewehre, die auf deutschem Gebiet in Stellung gebracht waren, sowie ein schweres Maschinengewehr eindeutig festzustellen. Nach einem Feuergefecht stellten die Polen um 1.15 Uhr das Feuer ein.

30. August 1939.

1. Meldung der Staatspolizeistelle Elbing: Gegen 0.30 Uhr wurde das Zollgehöft Neukrug (Kreis Rosenberg/Westpreußen) von der Waldseite aus von regulären polnischen Truppen angegriffen. Die Polen beabsichtigen offenbar, der Besatzung des Zollgehöftes in den Rücken zu fallen. Sie hatten unweit des Zollgehöftes hinter einer Autogarage ein leichtes Maschinengewehr in Stellung gebracht. Als sie von der deutschen Feldwache aus einem oberen Zimmer des Zollgehöftes beschossen wurden, erfolgte ein Stellungswechsel des polnischen Maschinengewehrs in eine dichte Schonung, die sofort gleichfalls unter Feuer genommen wurde. Der Kampf dauerte bis etwa 5.00 Uhr. Ein Schütze der deutschen Feldwache wurde tödlich verletzt. Im Zollgehöft wurden mehrere Fensterscheiben und die Telefonleitung zerstört.

2. **Meldung** der Staatspolizeistelle Elbing: Gegen 0.45 Uhr wurden in der Nähe der Sägemühle Alt-Eiche drei bis vier polnische Soldaten vom deutschen Grenzschutz festgestellt, als sie sich an die Mühle heranschleichen wollten. Sie wurden sodann durch den Grenzschutz vertrieben.
3. **Meldung** der Staatspolizeistelle Breslau: Gegen 7.00 Uhr befand sich der Landwirt Ferdinand Braun aus Golgas (Kreis Militsch) etwa 100 Meter diesseits des Grenzsteines 233 bei der Feldarbeit. Er wurde plötzlich von einem polnischen Soldaten mit der Pistole beschossen, blieb aber unverletzt.
4. **Meldung** des Oberfinanzpräsidenten in Troppau: Um 15.05 Uhr wurde ein über deutschem Gebiet befindliches Flugzeug – anscheinend ein deutsches Aufklärungsflugzeug – von polnischem Gebiet aus Richtung Oderberg und Wurbitz von Flakartillerie beschossen. Sprengstücke wurden gefunden und sichergestellt.

31. August 1939.

1. **Meldung** der Staatspolizeistelle Elbing: Gegen 1.00 Uhr wurde das Zollgehöft in Neukrug von polnischem Militär angegriffen. Es handelte sich um etwa 25 Mann mit einem leichten Maschinengewehr. Sie versuchten, das Zollgehöft zu umzingeln. Der Angriff wurde abgeschlagen.
2. **Meldung** des Hauptzollamtes Gleiwitz: Gegen 2.00 Uhr erfolgte von polnischer Seite ein Feuerüberfall auf die das Zollamt Neubersteich sichernde deutsche Grenzwatche. Ein Angriff der Polen auf das Zollamt wurde durch deutsches Abwehrfeuer verhindert.
3. **Meldung** des Zollbezirkskommissars Deutsch-Eylau: Gegen 3.00 Uhr früh wurde bei Scharschau auf deutschem Reichsgebiet durch polnische Truppen auf eine Streife der Grenzwatche ein Feuerüberfall verübt. Als die Streife Verstärkung heranzog und das Feuer erwiderte, zogen sich die Polen zurück.
4. **Meldung** des Polizeipräsidenten Gleiwitz: Gegen 20.00 Uhr wurde der Sender Gleiwitz durch einen Trupp polnischer Aufständischer überfallen und vorübergehend besetzt. Die Aufständischen wurden durch deutsche Grenzpolizeibeamte vertrieben. Bei der Abwehr wurde ein Aufständischer tödlich verletzt.
5. **Meldung** des Oberfinanzpräsidenten Troppau: In der Nacht vom 31. August zum 1. September wurde das Zollamt Hoflinden durch polnische Aufständische angegriffen und vorübergehend besetzt. Durch einen Gegenangriff der SS-Verfügungstruppe wurden die Aufständischen wieder vertrieben.
6. **Meldung** der Staatspolizeistelle Elbing: Gegen 0.30 Uhr wurde das Zollgehöft Neukrug von 30 polnischen Soldaten angegriffen, die mit Maschinengewehren und Karabinern ausgerüstet waren. Der Angriff wurde durch die deutsche Feldwache zurückgeschlagen.
7. **Meldung** der Staatspolizeistelle Liegnitz: In der Nacht vom 31. August zum 1. September wurde ein deutscher Zollbeamter bei Pfalzdorf (Kreis Grünberg) etwa 75 Meter von der polnischen Grenze entfernt, durch polnische Truppen tödlich verletzt.
8. **Meldung** der Staatspolizeistelle Liegnitz: In der Nacht vom 31. August zum 1. September wurde ein deutscher Zollbeamter während der Ausübung seines Dienstes bei Röhrsdorf (Kreis Fraustadt) durch polnische Truppen erschossen, ein weiterer Zollbeamter schwer verletzt.
9. **Meldung** der Staatspolizeistelle Liegnitz: In der Nacht vom 31. August zum 1. September erfolgte ohne jede Veranlassung ein Feuerüberfall von polnischer Seite auf das deutsche Zollhaus in Pfalzdorf (Kreis Grünberg).
10. **Meldung** der Staatspolizeistelle Liegnitz: In der Nacht vom 31. August zum 1. September wurde das deutsche Zollhaus in Geyersdorf durch polnische Aufständische vorübergehend besetzt, die einen erheblichen Schaden verursachten.
11. **Meldung** der Staatspolizeistelle Brünn: In der Nacht vom 31. August zum 1. September wurde durch polnischen Grenzschutz auf die deutsche Zollbude in Hruschau ein Feuerüberfall mittels eines Maschinengewehrs verübt. Als deutsches Gegenfeuer einsetzte, ergriffen die Polen die Flucht.

Verfolgung und Ermordung volksdeutscher Soldaten.

Über 5.400 verschollene volksdeutsche Soldaten.

Beim Deutschen Roten Kreuz, Berlin SW 61, Blücherplatz 2, sind bisher 4.970 volksdeutsche Soldaten der ehemaligen polnischen Armee als nicht heimgekehrt und weitere 950 als noch in Russland befindlich angemeldet. 542 „vermisste“ Soldaten wurden bisher der „Zentrale für Gräber ermordeter Volksdeutscher“ (Posen, Kaiserring) mitgeteilt, die allerdings erst kürzlich diese Feststellungen begonnen hat.

Alle hier genannten Zahlen müssen einstweilen als Anfangsziffern gelten, die bei genaueren Nachforschungen wahrscheinlich noch steigen werden.

Eines steht jedoch fest: Nur vereinzelte der uns zugegangenen Berichte bezeugen, dass volksdeutsche Kameraden durch Geschosse der deutschen Wehrmacht gefallen sind. Die Mehrzahl spricht von Erschießungen durch das polnische Heer. Täglich laufen bei der oben genannten „Zentrale“ weitere Aussagen dieser Art ein.

Leopold Krüger (Lodsch, Beethovenstraße 10 II) sagt an Eides statt unter dem 12. Februar 1940 aus, dass auf dem Sportplatz in Sochatschew ein volksdeutscher Soldat des polnischen Infanterieregimentes 63 von einem Offizier niedergeknallt wurde.

Kurt Hartfiel (Steinholz/Kreis Bromberg), gibt die Erklärung ab, im Infanterieregiment 62 hätten die Polen 20 volksdeutsche Soldaten ausgesondert, mit Mänteln zugedeckt und regelrecht erschlagen. Er selbst versteckte sich, entfloh und entkam, obwohl die Polen hinter ihm herschossen. Hartfiel war auch Augenzeuge bei der Ermordung vieler volksdeutscher Zivilisten. Ein Hauptmann erschoss mit seiner Pistole unter anderem einen deutschen Vater, die Mutter und vier Kinder.

Helmut Niedurny (Königshütte O.-S., Bismarckstr. 10) sah, wie ein polnischer Unteroffizier seinen Freund Stefan Kunert zum Major führte. Angeblich soll er sich günstig über Deutschland geäußert haben. Drei Soldaten führten ihn dann in unbekannter Richtung ab. Seitdem ist Kunert verschollen. Niedurny berichtet auch von der Erschießung zweier deutscher Männer, die noch Zivil anhatten.

Bruno Bönning (Deutschtal/Kreis Gnesen) sah auf dem Kasernenhofe in Gnesen, wo er sich als Gefreiter stellen musste, dass seine volksdeutschen Kameraden Spuren von Misshandlungen an sich trugen. Er hörte eines Tages folgendes Gespräch zwischen seinem Kompanieführer und einem anderen polnischen Hauptmann: „Wollen Sie mit diesen deutschen Hunden den Krieg gewinnen?“ Antwort: „Keine Angst! In Skierniewice werden wir sie bewaffnen und bei Warschau in die vorderste Linie stellen. Wenn die Hundebrüder dann nicht vorgehen wollen, bekommen sie ihren Teil von hinten.“ Und dann klopfte der Kompanieführer seinem Kollegen auf die Schulter und meinte: „Seien Sie unbesorgt, von denen kommt keiner mehr nach Hause.“ Tatsächlich haben die Polen später elf Volksdeutsche in einen Waggon gesperrt, doch konnten sie ihren Mordplan nicht ausführen, weil sie von deutschen Truppen umzingelt waren.

Kurt Temme (Königlich Dombrowken/Kreis Graudenz), Oberleutnant im polnischen Feldartillerieregiment 16, erlebte, dass in Maków bei Skierniewice am 27. August 1939 ein Transport von 400 Reservisten aus Graudenz eintraf. Unter ihnen befanden sich auch 24 Volksdeutsche. Einen, der an der schlechten Aussprache des Polnischen als Deutscher erkannt wurde, hatten die Polen derart angepöbelt und gequält, dass er sich auf dem Bahnhofe die Pulsadern durchschnitt und in Raserei geriet. Er wurde ins Lazarett nach Skierniewice geschafft und sollte vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Was aus ihm geworden ist, konnte Temme nicht erfahren. Temme wusste seinen Namen, hat ihn aber dann vergessen. Er war Soldat des Artillerieregimentes 16 und bei Schwetz (Sierakowo?) beheimatet.

Wilhelm Glawion aus Ernstsdorf wurde am 24. August 1939 nach Gnesen einberufen. Er war Meldereiter der 17. Division. Schon am 27. August erfolgte auf dem Marsch von Gnesen nach Posen die Erschießung eines Soldaten deutschen Volkstums namens Willi Scholz (Schulz?).

Sigismund Ponto (Poddembize/Warthegeau) berichtet, dass schon am 29. September 1939 ein polnischer Offizier zwei volksdeutsche Soldaten in einem Walde bei Brzeziny erschoss. Am 12. September befand sich seine Truppe, das 31. Infanterieregiment, auf dem Rückzug am Bug. Dort forderte der Kompanieführer jeden, der „ein Schwabe“ sei, auf, vorzutreten. Ihn selbst hielt sein Unteroffizier, der ihn gut kannte, heimlich am Ärmel fest. Es traten ungefähr 80 Mann vor. Sie wurden alle erschossen.

Wilhelm Kaldenbach aus Moschin marschierte im 68. Infanterieregiment (Wreschen) Richtung Warschau. Unterwegs holte man wiederholt Volksdeutsche aus der Truppe heraus. Was aus ihnen geworden ist, hat er nicht erfahren können, denn keiner von ihnen kam zurück.

Georg Josef Märker (Friedrichsgrün bei Schubin), Soldat im 9. Pionierregiment in Thorn, berichtet, dass am 11. und 12. September 1939 volksdeutsche Soldaten in der Warschauer Zitadelle erschossen worden sind.

Fritz Sommerfeld (Schokken/Warthegeau), Soldat der Verpflegungstruppe in Thorn, erlebte zwischen Zyrardów und Warschau die Erschießung eines volksdeutschen Soldaten durch die Polen.

Auf dem evangelischen Friedhof in Lipno liegt ein von den Polen im dortigen Gefängnis erschossener volksdeutscher Soldat.

Traugott Jaeger aus Antonowka bei Wladimir (Wolhynien) wurde von seinem eigenen polnischen Offizier erschossen.

Berichte dieser Art, die nun laufend eingehen, lassen die Schlussfolgerung zu, dass von den mehr als 5.400 vermissten und verschollenen volksdeutschen Soldaten der größte Teil auf das Mordkonto des polnischen Heeres, dem sie angehörten, zu setzen ist. Für diese erschütternde Tatsache gibt es in der Kriegsgeschichte aller Zonen und Zeiten kaum eine Parallele. Die Polen haben also nicht nur volksdeutsche Zivilisten, sondern auch volksdeutsche Soldaten zu Tausenden niedergeknallt.

Dieses Blutopfer hat für uns Deutsche eine so hoch einzuschätzende politische und geschichtliche Bedeutung, dass weitere Nachforschungen eine völkische Pflicht ersten Ranges sind.

So schließt dieses Buch mit der Aufforderung an alle Volksdeutschen der ehemaligen polnischen Armee, Erlebnisberichte an die „Zentrale für Gräber ermordeter Volksdeutscher“, Posen, Kaiserring 3, mit genauen Angaben des Truppenteils, Ortes, Datums und so weiter einzusenden. Jeder Bericht muss mit der unterschriebenen Formel enden: „Ich versichere an Eides statt, dass meine Angaben der Wahrheit entsprechen.“

Die deutsche Volksgruppe in Polen im Jahre 1939.

Die deutsche Minderheit, auch Volksdeutsche genannt, geriet bei Kriegsbeginn zwischen die Fronten. Der Hintergrund von Verfolgungen und Kriegsvorbereitungen ist weitgehenderer Natur. Die Ereignisse in Bromberg waren nur ein Teil eines viel größeren Verbrechens. Die politische Stimmung in Polen vor dem Kriegsbeginn am 1. September 1939 war sehr aufgeheizt, man kann von regelrechter Kriegsstimmung und Hetze sprechen. Polen gehörte zu den entschiedensten Gegnern des Naziregimes und man bereitete seit Langem einen möglichen Krieg gegen das Dritte Reich vor und war auch dazu entschlossen.

Bereits am 23. März 1939 erfolgte in Polen die Teilmobilmachung, Anfang Juli 1939 wurden die Streitkräfte entlang der Grenze erheblich verstärkt. Zu den Kriegsvorbereitungen zählten auch Maßnahmen zum Schutz der inneren Sicherheit im Kriegsfall. Schon im Jahr 1937 hatte der Sejm ein Gesetz verabschiedet, das die Aufstellung von Listen von Leuten vorsah, die im Kriegsfall zu inhaftieren seien. Dass diese Verzeichnisse auch in jener Zeit bereits erstellt worden sind, belegen die Fälle, in denen man bei Kriegsbeginn nach Leuten suchte, die bereits verstorben oder unterdessen umgezogen waren. Aus rechtsstaatlicher Sicht waren diese Haftbefehle wider geltendes Recht, doch das Zwischenkriegs-Polen war kein Rechtsstaat. Wurden die Minderheiten in Polen bereits vor dem Krieg in ihren Rechten arg beschnitten und benachteiligt, so kam es nach dem deutschen Einmarsch in Polen zu regelrechter Pogromstimmung im Land. Die Medien bis hin zu den politischen Vertretern haben diese Stimmung geschürt und Gewalttaten auch billigend in Kauf genommen.

Der polnischen Obrigkeit war die große deutsche Minderheit seit dem Bestehen der Zweiten Republik suspekt, und man verdächtigte sie, die „fünfte Kolonne“ Nazideutschlands zu sein, wofür die Staatsorgane aber keinerlei Beweise finden konnten. Bereits am 25. August 1939 wurden die ersten Verhaftungen vorgenommen. Ziel waren die wichtigen Repräsentanten des polnischen Deutschtums. Mit Kriegsausbruch wurde die nächste, heftige Welle von Verhaftungen ausgelöst. Man benötigte eine Erklärung dafür und fand sie in der Behauptung, die Deutschen im Land würden dem Feind als „fünfte Kolonne“ helfen. Daraufhin kam es zu weiteren wilden Verhaftungen.

Vielerorts machte man keinen Unterschied mehr zwischen wichtigen Volkstumsvertretern oder einfachen Bürgern. Alte, Kranke, Frauen und Kinder wurden zusammengetrieben. In grenznahen Gebieten kam es so zu regelrechten Fluchtbewegungen über die Grenze hinweg nach Deutschland. Insgesamt wurden etwa 15.000 Menschen verhaftet, davon etwa 10.000 aus den westlichen Gebieten, aus Posen und Pomerellen.

Die Verhaftungen erfolgten oftmals unter Vortäuschung falscher Tatsachen. Man gab an, der Beschuldigte solle nur kurz mit zur Polizeiwache kommen, es würde nicht lange dauern. Dementsprechend war kaum jemand auf eine längere Dauer eingerichtet. Die Internierten wurden in drei Kategorien – erkennbar an den verschiedenfarbigen Haftbefehlen (gelb, rosa, rot) – nach Gefahreinschätzung untergliedert. Im weiteren Verlauf der Internierung spielte das aber keine Rolle mehr.

Nach einem Aufenthalt in einem regionalen Gewahrsamsraum wurden die Gefangenen deportiert. Offensichtlich war ursprünglich ein Transport mit der Eisenbahn vorgesehen, doch angesichts der katastrophalen Frontentwicklung war dies nicht möglich und es ist fraglich, ob es bei einem anderen Kriegsverlauf besser zu organisieren gewesen wäre. Die verhafteten Deutschen aus Mittelpolen, Wolhynien und Galizien wurden mit der Eisenbahn in das Konzentrationslager Bereza Kartuska (275 km östlich von Warschau) gebracht, auch hier waren Fußmärsche an der Tagesordnung, da die deutsche Luftwaffe bereits Eisenbahnverbindungen vernichtet hatte.

Die absolute Mehrzahl der Internierten musste zu Fuß gehen und wurde in langen Verschleppungsmärschen durch die Lande getrieben – oftmals bewusst dem Volkszorn ausgesetzt: Hunderte wurden auf dem Weg in die Konzentrationslager ermordet. Insgesamt 41 solcher Marschkolonnen konnten dokumentiert werden.

Je nachdem, wo sie von der deutschen Wehrmacht erreicht wurden, erfolgte dann die Befreiung: zum Beispiel in Lowitsch, Kutno, vor Warschau oder bereits in Bereza. Die Verbrechen der Nationalsozialisten auf polnischem Boden begannen im September 1939 erst, als sich Polen an seinen deutschstämmigen Staatsbürgern vergangen hatte. Angesichts der grauenvollen Verbrechen, die dem September 1939 folgten, muss berücksichtigt werden, was in den Jahren davor gegenüber den Volksdeutschen geschehen ist. – Verbrechen bleibt Verbrechen.

Direkt nach der Befreiung der Internierten wurden Berichte über die Gräueltaten während der Verschleppung propagandistisch ausgeschlachtet und mussten zur Legitimierung des Angriffes erhalten. Auch die Zahl der Umgekommenen und Ermordeten von fast 5.800 wurde von der deutschen Propaganda übertrieben und mit über 50.000 Toten angegeben. Als brutale Racheaktion kam die willkürliche Erschießung zahlreicher polnischer Gefangener auf den verschiedenen Marktplätzen in Städten, wohin deutsche Bürger entführt und ermordet wurden.

Bromberg – eine Stadt des Grauens.

Grauenhafte Menschenblutereien der von polnischem Militär bewaffneten Franktireure.

Im „Völkischer Beobachter“ vom 8. September 1939 wurde eine Schlagzeile veröffentlicht: „Bromberger Blutsonntag“. In der „Deutschen Rundschau“ vom 22. September 1939 hieß es: „Der rasche Rückzug der polnischen Staats- und Militärgewalt hatte in den ersten Tagen des Feldzuges für die Deutschen in Polen tragische Folgen. Einschließlich des Bromberger Blutsonntags vom 3. September 1939 wurden zirka 7.000 Tote gezählt.“

Ein schöner Tag, es könnte ein Sonntag wie viele andere werden. Doch für die Menschen in der Stadt an der Brahe wird es kein Tag der Ruhe und Erholung sein, es wird ein Tag von grauenhaften Menschenabschlachtungen. Franktireure (= Partisanen), vom Militär mit Waffen ausgestattet, ziehen seit den Morgenstunden mordend durch die Stadt. Manche tragen Gewehre und Pistolen, andere sind nur mit Knüppeln, Sensen und Äxten bewaffnet. Mit dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht am 1. September 1939 explodierte der Hass, jahrelang geschürt und vom offiziellen Polen abgeseget. Es wird Jagd gemacht auf „die Hitler“, eine verächtliche Bezeichnung für die Volksdeutschen. „Tod den Deutschen“ heißt die Devise. Die Stadt soll an diesem Tag zum Standgericht werden. Jeder Pole kann sich als Ankläger, Richter und Henker betätigen.

Der Tag nimmt seinen verhängnisvollen Lauf. Auch in dem Stadtteil Bromberg-Jägerhof ist der Mob unterwegs. Im evangelischen Pfarrhaus befinden sich an diesem Morgen sieben Personen. Sie haben sich im Arbeitszimmer des Pfarrers, Richard Kutzer, 45, versammelt. Es ist die Frau des Pfarrers, Gerlinde Kutzer, 42, der 73-jährige Vater des Geistlichen, sowie fünf Flüchtlinge, unter ihnen die beiden Jugendlichen Hans Nilbitz, 17, und Herbert Schollenberg, 14. Richard Kutzer, der seit 10 Jahren in Jägerhof seine kleine deutsche Gemeinde betreut, kennt die Polen und weiß, wie sie in den letzten zehn Jahren von ihrer Propaganda belogen worden sind. Kutzer, der immer ein Mann der Verständigung war, hat in diesen Tagen nur eine Hoffnung, dass die Truppen der Wehrmacht rechtzeitig nach Bromberg kommen.

Das hoffen alle Volksdeutschen in der Stadt. Auch das Ehepaar Erwin und Erna Ristau, in der Kartuzka-Straße 10. Die beiden haben seit Tagen ihr Haus nicht mehr verlassen. Sie haben Angst. Doch an diesem Tag wollen sie ihr Haus, das in einem polnischen Viertel liegt, verlassen. Ristau hat an diesem Sonntagmorgen seinen Arbeitgeber, den Gärtnereibesitzer Gustav Schmiede, angerufen und gefragt, ob er mit seiner Frau zu ihm kommen könne, er fühle sich in seinem Haus nicht sicher. Schmiede hat sofort zugestimmt und das Ehepaar begibt sich auf Nebenwegen zur Gärtnerei, die nur wenige hundert Meter vom Hause der Ristaus entfernt ist.

Auch in der Thornerstraße 125 bange an diesem Tage Deutsche um ihr Leben. Es ist die Familie Gannot. Vera Gannot, 19, wird später dem Feldgericht des Stabes beim Kommandeur des Luftgaues 3, dem Kriegsgerichtsrat Dr. Waltzog, zu Protokoll geben: „Sonntags gegen 2 Uhr näherten sich unserem Hause, vier Kilometer von der Stadt entfernt, polnische Soldaten und Zivilbevölkerung. Die polnischen Zivilisten sagten, hier wohnen Deutsche. Daraufhin begannen die Soldaten sofort, zu schießen. Wir flüchteten in einen Schuppen. Zuerst wurde mein Vater aus dem Schuppen herausgeholt. Er wurde von den Polen gefragt, wo er das Maschinengewehr hätte. Ich ging daraufhin aus dem Schuppen, weil ich polnisch kann. Ich habe die Polen gefragt was wir ihnen angetan hätten und für meinen Vater gebeten. Die Polen riefen jedoch ‚herunter mit den deutschen Schweinen‘. Mein Vater erhielt mehrere Kolbenhiebe ins Gesicht und an den Körper. Dann wurde er mit dem Seitengewehr gestochen. Daraufhin fiel mein Vater zu Boden und erhielt im Liegen noch sechs Schüsse. Er starb. Die Horde zog ab.“

Später erschien eine andere Gruppe von Zivilisten. Einer der Zivilisten vergewaltigte das Mädchen, während mehrere andere es festhielten.

Etwa zur gleichen Zeit, als Willi Gannot unter den Schlägen und Schüssen seiner Mörder stirbt, dringt ein anderer Trupp Zivilisten und Soldaten in das Pfarrhaus in Bromberg-Jägerhof ein. Zum siebten Mal an diesem Tag wird das Pfarrhaus nach Waffen durchsucht. Es nützt nichts, dass der Pfarrer immer wieder erklärt, in diesem Hause gäbe es keine Waffen. ... Der Anführer des Trupps, ein Unteroffizier, ist unschlüssig, was er tun soll. Da sagt einer der polnischen Zivilisten: „Wir nehmen die Männer mit.“ Schließlich einigt man sich darauf, den Pfarrer mitzunehmen. Ihm werden die Hände auf den Rücken mit einer Schnur zusammengefesselt. Dann muss er mit den Polen das Haus verlassen. Gegen 15 Uhr kommt ein weiterer Trupp Polen in das Pfarrhaus. Diesmal werden die anderen männlichen Bewohner mitgenommen: drei Männer und die beiden Jugendlichen Hans Nilbitz und Herbert Schollenberg.

In der Gärtnerei Schmiede ist bis zu dieser Zeit noch alles ruhig. Im Haus des Gärtners befinden sich an diesem Nachmittag fünf Personen: das Ehepaar Schmiede, die beiden Ristaus und ein 17-jähriger Gärtnerlehrling. Gegen 15.30 Uhr erlischt alle Hoffnung in dem Haus, als ein Trupp Soldaten auftaucht. Wie Irma Ristau, 25, am 8. September einem Wehrmachtsfeldgericht zu Protokoll geben wird, geschieht Folgendes: Ein Soldat fragt Erwin Schmiede, 45: „Hast du Hurensohn Waffen?“ Als er verneint, sagt der Soldat, er möge drei Schritte zurücktreten. Dann erschießen sie ihn. Auf Frau Schmiede schießen sie ebenfalls, ohne sie zu treffen. Die beiden Frauen, Erwin Ristau und der Gärtnerlehrling flüchten daraufhin in den Keller des Hauses. Die Soldaten zünden das Haus an. Als der 17-jährige Lehrling aus dem Kellerfenster zu fliehen versucht, wird er erschossen. Als die Ristaus es ebenfalls versuchen, werden sie auf der Straße gestellt. Polnische Zivilisten halten sie fest und rufen den Soldaten zu: „Das sind Spione, erschießt sie.“ Ein Soldat legte auf Erwin Ristau an und tötet ihn durch Kopfschuss. Irma Ristau lässt man laufen.

So wie den Ristaus, Kutzers oder Gannots geht es Hunderten von Volksdeutschen an diesem Tag. Überall in Bromberg werden sie erschlagen, erschossen, erstochen. Mal sind die Täter polnische Zivilisten, mal ist es Militär, Soldaten der 15. polnischen Infanteriedivision, die den Rückzug der angeschlagenen polnischen Heeresverbände über die Weichsel decken sollen.

Unter dem Vorwand, die Deutschen könnten mit einem Aufstand den Einmarsch der deutschen Truppen unterstützen, werden wahllos Frauen, Kinder und Männer abgeknallt, erschlagen und zu Tode gefoltert.

Massengrab am Bülowplatz.

Unter Eid wird später der Garteninspektor Anton Dombek vor der Wehrmachtsuntersuchungsstelle zur Aufklärung der Verbrechen von Bromberg aussagen: „Am Dienstag, dem 5. September 1939, zog die polnische Bürgerwehr, die mit Soldaten vermischt war, ab. Etwa eine halbe Stunde später zogen die deutschen Truppen in die Stadt ein. Mit der Säuberung des Stadtbildes haben wir am Mittwoch früh begonnen. Der Anblick, der sich uns bot, war schrecklich. Die älteren Leute waren ohne nennenswerte Verstümmelungen erschossen. Dagegen fanden wir in einem Massengrab am Bülowplatz acht bis zur Unkenntlichkeit verstümmelte Leichen. Die Leichen waren mit Stroh bedeckt, darüber Sand geworfen. Bei den Toten war zum Teil der Hinterkopf völlig abgeschlagen, die Augen ausgestochen, die Arme und Beine waren gebrochen, sogar die einzelnen Finger.“

Greise, Frauen und Kinder, das sollte nach Ansicht des Mobs die „Fünfte Kolonne“ sein, die den Einmarsch der deutschen Truppen vorbereiten könnte.

Wie unvernünftig und wie weit hergeholt diese Annahme war, wenn sie ernsthaft je bestanden haben sollte, lässt sich schon daraus entnehmen, dass die deutschen Truppen erst am 4. September begannen, in die Stadt einzudringen. Ein Aufstand hätte aber nur dann einen Sinn gehabt, wenn er auch von außen unterstützt worden wäre. Tatsächlich war die 4. Armee unter dem Kommando des Generals von Kluge an diesem Sonntag in zwei Keilen nur wenige Kilometer an der Stadt vorbeigestoßen. Ihr Ziel war die Weichsel, um dort den zurückgehenden polnischen Verbänden den Rückzug abzuschneiden.

Es wäre für die Heeresführung sicher kein Problem gewesen, das schwach verteidigte Bromberg einzunehmen. Als am 4. September Einheiten der 50. Infanteriedivision und der Brigade Netze in die Stadt einrückten, bot sich den Soldaten, die in den ersten Tagen dieses Polenfeldzuges kaum Tote gesehen hatten, ein Bild des Grauens.

Der Leutnant Hans Fahrenbach, 28, Zugführer einer Einheit der 50. Infanteriedivision, hat später in einem ausführlichen Protokoll niedergelegt, wie er 18 männliche Leichen an einem Bahndamm in Bromberg-Jägerhof

fand, unweit des Pfarrhauses. Den Opfern waren die Hände auf dem Rücken zusammengefesselt. Sie waren erschossen und vorher misshandelt worden. Der Leutnant Fahrenbach, von Beruf Ingenieur, begriff in diesen Tagen, dass der Krieg viele Gesichter hat.

Unter den Toten am Bahndamm werden der Pfarrer Richard Kutzer, sein Vater und die anderen Flüchtlinge aus dem Pfarrhaus identifiziert. Unter ihnen auch der 14-jährige Herbert Schollenberg, der Junge wurde mit zwei Schüssen getötet. Oberstabsarzt Dr. Panning, Leiter der gerichtsmedizinischen Abteilung der militärärztlichen Akademie beim Oberkommando der Wehrmacht, hat in seinem Obduktionsbericht festgestellt, dass Pfarrer Kutzer durch einen Schulternackenschuss mit Aderzerreißung gestorben ist. Vorher wurde ihm durch dumpfe Gewalteinwirkung der Unterkiefer zertrümmert. Und bei Herbert Schollenberg stellte Dr. Panning fest, dass der Junge durch eine Zerreißung der Brustschlagader gestorben ist. ‚Absolut und schnell tödlich‘, wie Panning im Obduktionsbericht schrieb.

Der Unteroffizier Klawunke von der Brigade Netze musste in diesen Tagen seine Vorstellungen vom Krieg ändern. Er war, wie Leutnant Fahrenbach mit seinem Trupp, abgeordnet, den Bromberger Volksdeutschen bei der Suche und Bestattung ihrer Angehörigen zu helfen. Beide Kommandos fanden in den nächsten Tagen noch viele Tote: 63 waren es im Stadtteil Jägerhof, 18 am Bromberger Kanal, zehn an der Thornerstraße, 39 am Jesuitersee. Sie fanden Kinder, wie den vier Monate alten Egon Berger (durch eine Handgranate getötet) und den 15 Monate alten Kurt Schmolke (durch eine Kugel gestorben). Sie fanden die schwangere Frau Sonnenberg (erschossen) und den 82-jährigen Gustav Behnke (erschlagen und erschossen). Sie fanden Menschen, die nicht mehr wie Menschen aussahen, denen die Augen ausgestochen, der Schädel eingeschlagen war.

Unteroffizier Fritz Klawunke, den Vorgesetzte und Untergebene für einen kalten Hund hielten, hat diese Tage im September 1939 nie vergessen. Die 200 Toten im Regierungsgebäude von Bromberg bestimmt nicht – Männer, Kinder und Frauen, darunter eine Schwangere, von hinten mit einem Bajonett erstochen – und die 39 Erschlagenen im Hopfengarten auch nicht. Mehr als 1.100 ermordete Deutsche zählten die Kommandos der Wehrmacht und der Polizei in diesen Tagen. Die Justiz hielt sich an die Tatsachen. Schon wenige Tage nach der Besetzung Brombergs durch deutsche Truppen wurden von allen drei Wehrmachtsteilen Juristen abgezogen und in die Stadt beordert. Staatsanwälte, Kriegsrichter der Marine, der Luftwaffe und des Heeres. Mit bürokratischer Akribie begannen sie mit der Vernehmung von Zeugen. Ausländische Ärzte und Beobachtungskommissionen führten Vernehmungen durch, befragten Zeugen des Gemetzels. Schon einen Monat später wurden Sondergerichte eingesetzt unter internationalen Beobachtern. Die Täter wurden angeklagt wegen Mord, Anstiftung zu Mord und Landfriedensbruch. Sie wurden so weit als möglich nach geltendem Recht verurteilt.

Auf dem evangelischen Friedhof der Stadt wurden Massengräber ausgehoben. Angehörige der Wehrmacht halfen den deutschen Brombergern, ihre Toten zu begraben. Leutnant Fahrenbach, der in diesen Tagen die Friedhöfe der Stadt kennen lernte, wünschte sich schon längst wieder an der Front zu sein. Fahrenbach wusste auch, dass Bromberg eine Herausforderung war. Aber seine Vorstellung reichte nicht aus, um sich auszumalen, was auf die Polen zukommen würde. Er wusste nur eins: Dass die Polen unter dem, was sie hier angerichtet hatten, noch lange zu leiden haben würden.

Seine Befürchtungen haben sich bestätigt. Die vom polnischen Nationalhass getragenen Ausschreitungen machten es der deutschen Propaganda leicht, den Angriff auf Polen zu rechtfertigen. Wo volksdeutsche Brüder wehrlos hingemordet wurden, durften Deutschlands Waffen nicht schweigen.

Die Gräueltaten vom 3. September 1939 wurden von Autoren, insbesondere internationalen Historikern, jahrzehntelang verschwiegen oder nur am Rande erwähnt. Das Geschehen vom September 1939 ist in Deutschland und Polen kaum mehr bekannt. Seit der Wende ist in Polen nun endlich eine freie Forschung möglich. Der bekannte Professor Wodomierz Jastrzebski von der Bromberger Universität hat die damaligen Vorkommnisse neu bewertet. Nach jahrelangen Untersuchungen ist er zu dem Schluss gekommen, dass die Initiative für die schrecklichen Gräueltaten von polnischer Seite ausging.

Das polnische Institut für nationales Gedenken (IPN) hat eine Historikerkommission beauftragt, die Vorfälle zu untersuchen und neu zu bewerten. Auch die deutschen und ausländischen Autoren und Historiker sollten ihre, teilweise aufdiktierte Meinung, neu verfassen und bewerten.

Die Geschehnisse in den Jahren nach 1939 überschatten das kollektive Bewusstsein, doch die Kriegsverbrechen im September 1939 sollten nicht vergessen werden, damit so etwas nie wieder vorkommt.

Zur Geschichte des Gleiwitzer Senders bis zum Kriegsausbruch.

Auf einem der höchsten Punkte der Stadt Gleiwitz, an der Raudener Straße, errichtete die Stadtverwaltung im Jahre 1925 gemeinsam mit der Schlesischen Funkstunde AG in Breslau die oberschlesische Rundfunksendestation. Sie bestand aus einem Verwaltungs- und Sendegebäude und zwei 75 Meter hohen Antennenmasten. Im Jahre 1936 entstand im Nordosten (Tarnowitzer Landstraße) der neue Sender mit seinem rund 100 Meter hohen Holzturm. Die Sender standen rund sieben Kilometer von der Grenze entfernt. Der alte Sender war außer Betrieb, der neue war Nebensender des Reichssenders Breslau und strahlte dessen Programm aus, zeitweise auch regionale Wetter- und Landwirtschaftsnachrichten. Die meisten Hörer hatte das Breslauer Programm. Nur wenige Personen aus Gleiwitz und Umgebung bekundeten später, im Radio plötzlich polnische Stimmen gehört zu haben, die meisten erfuhren erst in späteren Tagesnachrichten von dem angeblichen Überfall.

Im Nürnberger Prozess und in Massenmedien berichtete später der SS-Sturmbannführer Naujocks von einem Plan, wonach er von SD-Chef Heydrich ausersehen worden sei, mit fünf oder sechs ausgesuchten, polnisch sprechenden Männern einen Überfall auf den Gleiwitzer Sender vorzutäuschen, weil man einen Kriegsgrund gegen Polen brauchte. Doch sind die Widersprüche zwischen den einzelnen Berichten von Naujocks so zahlreich und schwerwiegend, dass diese nicht als wahrheitstreue, zuverlässige Unterlagen gelten können.

Als Falschmeldung erwies sich auch, dass in den Berichten mehrfach von Schießereien gesprochen wurde, die während des Überfalls geschehen sein sollen. Wegen der zunehmenden Kriegsgefahr baute die Reichswehr im Sommer 1939 die Grenzschutz auf, eine aus Freiwilligen bestehende paramilitärische Organisation, in der das Offizierskorps von Reserveoffizieren gestellt wurde.

Im Raum Gleiwitz wurde mit ihrem Aufbau der Volksschullehrer Otto Radek beauftragt, Oberleutnant der Reserve, später Hauptmann der Reserve des Weltkriegs 1914/18 und als verantwortlicher Kommandeur eingesetzt. Seit dem 24. August 1939 war die Grenzschutz voll im Einsatz, mit scharfer Munition ausgerüstet und mit dem Objektschutz beauftragt. Der Sender wurde von der 3. Kompanie, Grenzschutzbataillon I/68 bewacht.

Nach dem Bericht von Naujocks stürmte angeblich am 31. August 1939 um 20.30 Uhr sein Kommando, in polnischer Uniform, schießend in das Gebäude des Senders und überwältigte das Bedienpersonal, wobei es im Senderraum zu einer „furchtbaren Schießerei“ gekommen sein soll, bei der Naujocks mehrfach mit der Pistole gegen die Decke geschossen habe. Dann hätten die Männer „lautlos, wie sie gekommen waren“, das Gelände des Senders verlassen. Nur ist dies ein reiner Fantasiebericht, weil das Haus durch eine Wachmannschaft geschützt war, die es vor dem Betreten Unbefugter schützte.

Eine ungeklärte Frage ist, wie der Rundfunk dazu kam, ein immerhin wichtiges Ereignis zu melden, das gar nicht stattgefunden hatte. Denn der Kommandeur erfuhr von dem Vorfall zu Hause in den Radionachrichten. Daraufhin ließ er sich in seinem Dienstwagen zum Sender fahren. Die Wachmannschaft, bis auf einen Posten, der seelenruhig auf und ab schritt, schlief und wusste von nichts. Als der Kommandeur der Wache vorhielt: „Hier ist doch geschossen worden, da müssen doch die Einschüsse feststellbar sein“, konnte er sich überzeugen, dass es im ganzen Hause keine Einschussspur gab. Die Wachmannschaft berichtete allerdings, dass sie einige SS-Männer in Zivil, die sich ordnungsgemäß ausgewiesen hätten, in den Senderraum gelassen hätten, wo sie über ein Wettermikrofon Sprechübungen in Deutsch und Polnisch veranstaltet hätten. Nach wenigen Minuten hätten sie sich aber mit „Heil Hitler“ wieder korrekt verabschiedet.

Hier war offensichtlich eine Zwecklüge verbreitet worden, nachdem ein irgendwann einmal erwogenes Unternehmen nicht durchgeführt worden war. Der Kommandeur rief daher vom Sender aus beim Armeekommando in Breslau an, das ihn beschied, dass alles in gewollter Ordnung sei. Doch wurde er zu absolutem Schweigen verpflichtet. Dies lässt darauf schließen, dass höheren Orts irgendwann einmal mit dem Gedanken eines fingierten Überfalls gespielt worden war.

Dass am neuen Sender Ruhe herrschte, wird durch einen Hitlerjungen und unabhängig davon auch von Bewohnern in der Nachbarschaft bestätigt. Diese waren von Breslauern, durch die Rundfunkmeldung „ganz aufgeregt“ Verwandten angerufen worden und staunten nun wegen der in ihrer Nähe herrschenden Ruhe darüber, dass dort ein Überfall mit Schießerei stattgefunden haben soll.

Eine offene Frage ist, wie es im Breslauer Sender zu der falschen Radiomeldung über die Schießerei im Gleiwitzer Sender kam, die den Kommandanten zum Eingreifen im Sender Gleiwitz veranlassten. Otto Radek, der als Kriegsteilnehmer in sechsjährige jugoslawische Kriegsgefangenschaft geriet, von wo er 1951 nach Marbach am Neckar kam, setzte sich 1962 mit seinem Gleiwitzer Landsmann von Zaleski in Verbindung, um die Angelegenheit zu klären. Leider musste er wegen fortschreitender Krankheit seine Untersuchungen abbrechen.

Im Zuge der deutsch-polnischen Verständigung wäre es von großem geschichtlichen Wert, bei den zuständigen polnischen Stellen nachzuforschen, ob die damaligen Nachrichten des Reichssenders Breslau, die die falsche Meldung über die Schießereien im Gleiwitzer Sender brachten und den Kommandanten Otto Radek zum Eingreifen veranlassten, amtlich gespeichert und vielleicht bis heute aufbewahrt wurden.

Dem Auftreten der Männer, mit denen die Wache zu tun hatte, lag zweifellos ein Auftrag zugrunde. Sollte dieser aber dahin gegangen sein, für Hitler einen Kriegsgrund zu schaffen, dann war dies politisch-militärisch wirklichkeitsfremd.

Der Überfall auf den Gleiwitzer Sender. Wenn die Schuld am deutsch-polnischen Krieg berührt wird, wird als Begründung der deutschen Alleinschuld angeführt, dass ihn Hitler „angezettelt“ habe, indem er einen polnischen Überfall auf den Gleiwitzer Sender fingieren ließ, um als Reaktion darauf Polen überfallen zu können. Eine Untersuchung dieses Vorfalles durch Gleiwitzer Zeitzeugen zeigt jedoch auf, dass erstens ein Überfall von deutscher Seite nicht stattfand, und zweitens, falls von deutscher Seite aus einmal ein Überfall geplant gewesen sein sollte, er durch die militärische Entwicklung in Polen längst überholt war, weil Polen selbst durch eine von ihm betriebene Provokationsstrategie eine deutsche militärische Reaktion laufend herausforderte.

Hintergründe. Der Überfall auf den Gleiwitzer Sender, der laut heute üblicher Ansicht von der nationalsozialistischen Führung als Anlass für den Einmarsch der Deutschen in Polen fingiert wurde, hat allem Anschein nach *n i c h t* stattgefunden. Die Meldung vom Überfall wurzelte entweder in einem Missverständnis deutscherseits oder in der Meldung eines polnischen Rundfunksenders (möglicherweise sogar des britischen Senders, der im polnischen Teil Oberschlesiens stationiert war).

Eine Falschmeldung durch den polnischen Rundfunk entspräche auch ganz der polnischen Verhaltensrichtung vor Kriegsbeginn. Dieses Verhalten war ausgerichtet auf eine ununterbrochen sich steigernde Provozierung der Deutschen, um diese in einen Krieg zu zwingen. Es gab in den Tagen, Wochen und Monaten vor Kriegsausbruch so viele und so schwer wiegende Provokationen von polnischer Seite, darunter Hunderte von Grenzverletzungen durch polnisches Militär und polnische Terrorbanden mit Morden, Feuerüberfällen, Brandschatzungen, Gebäudesprengungen und Brückenzerstörungen, dazu eine sich ständig steigernde Drangsalierung der deutschen Minderheit in Polen mit zahlreichen Morden, Misshandlungen, Verhaftungen, Enteignungen, Hauszerstörungen, Verfolgungen der evangelischen Kirche, Vertreibungen und anderes mehr, sodass es gar nicht erforderlich war, einen Anlass zum Krieg zu fingieren.

Der Krieg war schon da, er war nur noch nicht förmlich erklärt. Und angefangen hatten ihn offensichtlich nicht die deutsche sondern die polnische Seite. Obendrein kam es am 31. August 1939 auch noch zur Generalmobilmachung des polnischen Heeres. Das allein kam schon einer Kriegserklärung gleich.

Bei dem angeblichen Überfall auf den Sender Gleiwitz gab es nicht einmal ein Todesopfer unter den Deutschen, hingegen gab es solche Todesopfer bei anderen Grenzzwischenfällen an diesem Tage (bei Pfalzdorf und Röhrsdorf) und in den Tagen zuvor (bei Sonnenwalde, Alt-Eiche und Neukrug), außerdem wurden am 31. August der deutsche Konsul in Krakau ermordet, die Eisenbahnbrücke bei Dirschau gesprengt, Teile Danzigs von polnischen Truppen besetzt, nachdem zuvor schon die Nahrungsmittelzufuhr aus Polen nach Danzig unterbunden worden war, und obendrein gab es noch an Dutzenden von Stellen militärische Überfälle in reichsdeutsches Gebiet hinein, während in Polen die Morde an Deutschen sprunghaft anstiegen, um schließlich in den folgenden Tagen im gezielten, hauptsächlich nach Listen vorgenommenen Massenmord an 40.000 bis 60.000 Deutschen zu gipfeln.

Warum also einen Fall fingieren, wo es doch genügend echte Fälle gab, Fälle, die wirklich stattfanden, Fälle von eindeutig kriegsmäßiger Aktivität, mit denen Deutschland gezwungen werden sollte, endlich militärisch zu reagieren? Die deutsche Regierung bemühte sich zwar seit Langem und mit großer Intensität, den Konflikt auf

diplomatischem Wege zu überwinden. Doch dieses Bemühen bewirkte keine Abschwächung, sondern nur eine Verschärfung der antideutschen Aktivitäten. Offensichtlich wollte man keine diplomatische, sondern eine kriegerische Lösung. Polen hatte dafür die volle Rückendeckung Frankreichs und Englands. Die herrschenden Kreise in Polen, England, Frankreich und die mit ihnen verbundenen überstaatlichen Machtgruppen wollten ganz einfach das vollenden, was sie mit dem Ersten Weltkrieg und dem Versailler Diktat begonnen hatten: die völlige Zerschlagung Deutschlands und des deutschen Volkes, die Vernichtung des neuen Karthago. Hierbei erhofften die maßgebenden Kreise in Polen das, was von ihnen in ungezählten Äußerungen zwischen 1918 und 1939 immer wieder gefordert worden war: die Ausdehnung Polens bis zur Oder und Neiße.

Die Aufhetzung Polens durch englische Agenten und deutsche Widerstandskreise, die englische Blankogarantie, der polnische Korridor, die gewaltsame Entdeutschung Westpreußens, Posens und Oberschlesiens mit den dabei stattfindenden Drangsalierungen, Enteignungen, Gewalttaten – sie waren nichts anderes als das zielstrebig hergerichtete Pulverfass. Es liegt darüber Material vor, das Bände füllt. Einiges Material wurde in verschiedenen Verlagen veröffentlicht: Es sind die Dokumentationen und Untersuchungen von Wagner-Vosberg, Fuchs, Heike, Rauschning und von Oertzen, daneben weitere Arbeiten. Dazu kommen zur Aufklärung über den gesamten Problembereich die herausgegebenen Nachdrucke der Weißbücher des Auswärtigen Amtes und die Bücher von d'Argile, Bainville, Bardeche, Ebray, Ehlers, Grenfell, Hasselbacher, Heise, Müller und Wichtl/Schneider.

Die damalige Entwicklung wird natürlich von der regierenden Geschichtsschreibung ganz anders gesehen. Die Deutschen haben den Krieg verloren, der Sieger schreibt die Geschichte. Und da sich der Sieger nicht die Wiederauferstehung der Wahrheit und des Rechts, und schon gar nicht die eines deutschen Deutschlands zum Ziel gesetzt hat, ist seine Geschichtsschreibung (und die seiner Helfershelfer unter den Deutschen) entsprechend.

Doch die Geschichtsschreiber des Siegers mögen mir erklären, wieso der von ihnen so hochgespielte Fall Gleiwitz mit keinem einzigen Wort in der Rede erwähnt wird, die Hitler am 1. September 1939 vor dem Reichstag hielt, um dem deutschen Volk und der Weltöffentlichkeit darzulegen, warum es zum Krieg mit Polen kam. Ist das nicht höchst seltsam? – Tja, Geschichtsfälschung will gelernt sein.